

Pressemeldung

Ortsverband Kriftel
Feldbergstraße 2
65830 Kriftel
Tel: 0 61 92/4 21 98
Fax: 0 61 92/40 27 73
E-Mail: regina.vischer@gruene-kriftel.de
Internet: www.gruene-kriftel.de

12. April 2013

Mit bewährtem Vorstand ins Superwahljahr

Auf ihrer Jahreshauptversammlung am heutigen Freitag hatten die Krifteler GRÜNEN die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung. Alle drei amtierenden Vorstandsmitglieder stellten sich ohne GegenkandidatInnen erneut zur Wahl. Regina Vischer, die als Direktkandidatin für die diesjährige Landtagswahl aufgestellt ist, bleibt Vorsitzende des Ortsverbandes. Auch Hans-Peter Barth wurde als Kovorsitzender für weitere zwei Jahre in der Doppelspitze bestätigt. Schatzmeister Klaus Arnold verwaltet weiterhin die Finanzen. Mit personeller Kontinuität wird der Ortsverband in diesem wichtigen Wahljahr geführt, in dem am 22. September 2013 sowohl im Land als auch im Bund die Ablösung der schwarz-gelben Regierungen auf dem Plan steht.

„Wir wollen unseren Stimmanteil bei diesen wichtigen Wahlen weiter ausbauen,“ erklärt Regina Vischer und nennt als Zielmarke das Wahlergebnis der Bürgermeisterwahl, in der sie knapp 25 Prozent der Stimmen holte.

„Das ist unser GRÜNES Wählerpotential und das gilt es zu aktivieren und auszubauen.“ Die mit 11 Mitgliedern sehr kleine Ortsgruppe hat sich für die Wahlen ehrgeizige Ziele gesteckt. Die Schwerpunktthemen in Kriftel haben sich seit der letzten Landtagswahl kaum geändert. Die Planungen für die monströse Umgehungsstraße B519neu gilt es endlich aus dem Bundesverkehrswegeplan zu tilgen. Ein weiteres wichtiges Thema ist die ansteigende Lärmbelastung, verursacht durch die viel befahrenen Straßen und den Flughafen, der noch bei weitem nicht bei seiner geplanten Kapazität angekommen ist. Keine der anderen größeren Parteien haben bei diesen Themen so weitreichende Ziele wie die GRÜNEN. Aber auch die Kinderbetreuung muss vom Land endlich so unterstützt werden, dass sie den Zielen früher Bildung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht wird. Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf zum Kinderförderungsgesetz bleibt auch mit den jetzt vorgenommenen Änderungen völlig unzureichend. Er gibt keine Antworten auf den Ausbau von Schulkinderbetreuung und Inklusion. Die Kommunen werden mit der Finanzierung eines qualitativ vollen Ausbaus frühkindlicher Bildung allein gelassen.

